

DY 30/2351

25-26.1.1972
EHT

Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 25. und 26. Januar 1972 in Prag

Werte Genossen!

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt herzlich alle Bruderdelegationen. Wir sind sehr froh, daß unsere heutige Beratung wiederum Gelegenheit bietet, den notwendigen Meinungsaustausch über uns gemeinsam betreffende internationale und insbesondere europäische Fragen zu führen und uns über das weitere Vorgehen unserer Staatengemeinschaft zu verständigen.

Gestatten Sie mir zunächst, den tschechoslowakischen Genossen für ihre Gastfreundschaft, für die ausgezeichneten Bedingungen zu danken, die sie für unsere Arbeit geschaffen haben. Unser Dank gilt auch den sowjetischen Genossen, die durch ihre konstruktive Vorarbeit dieser Tagung eine ausgezeichnete Grundlage gegeben haben.

Wir teilen voll und ganz die von Genossen Leonid Iljitsch Breschnew hier gegebene Einschätzung der Lage und stimmen den von ihm unterbreiteten Vorschlägen für unser weiteres gemeinsames Vorgehen zu.

Seit der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wurden insbesondere von der Sowjetunion sowie von den

anderen Staaten des Warschauer Vertrages außerordentliche Anstrengungen unternommen, um das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, um unsere koordinierte außenpolitische Linie Schritt für Schritt zu verwirklichen. Wir können heute mit gutem Grund feststellen, daß diese Anstrengungen sich gelohnt und Fortschritte auf dem Weg zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit gebracht haben.

Im Ergebnis der weiteren Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer außenpolitischen Offensive entwickelt sich in Europa ein Prozeß der Entspannung und der allmählichen Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, ein Prozeß, der keineswegs reibungslos verläuft. Gleichzeitig drückt die Verschärfung der Lage in anderen Teilen der Welt die nicht nachlassende Aggressivität des Imperialismus und die zunehmende Abenteuerlichkeit seiner Politik aus. Das gilt vor allem für den Kurs der USA und der aggressiven Kreise der mit ihnen verbündeten anderen imperialistischen Staaten. Augenscheinliche Beispiele sind die Haltung dieser imperialistischen Kräfte zu den Ereignissen auf dem indischen Subkontinent und dabei besonders der provokatorische Aufmarsch der 7. Flotte der USA im Indischen Ozean, die Wiederaufnahme der verbrecherischen Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam, sowie die Lieferung von 120 Kampfflugzeugen durch die USA an den Aggressor Israel.

Jedoch treten die positiven Züge der Entwicklung auf der internationalen Ebene in unseren Tagen deutlich hervor. Ausschlaggebend dafür ist ohne Zweifel die Tatsache, daß der Sozialismus ständig an Gewicht gewinnt und sich der Kampf der mit ihm verbündeten antiimperialistischen Kräfte breiter entfaltet. Einige Regierungen in kapitalistischen Ländern halten es nunmehr für zweckmäßig, von ihrem bisherigen Widerstand gegen unsere Vorschläge für Frieden und Sicherheit abzugehen. Das beeinflußt positiv die Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz.

Seit der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Berlin haben sich vor allem auf dem europäischen Kontinent beachtliche Veränderungen vollzogen. Die Unterzeichnung der Verträge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik Polen mit der BRD ermöglichte den Abschluß des vierseitigen Abkommens über Westberlin, die Unterzeichnung des Transitabkommens zwischen der DDR und der BRD sowie der Vereinbarungen zwischen der DDR und dem Westberliner Senat. Diese positiven Veränderungen in der Lage finden weiterhin ihren Ausdruck in dem Beginn des Ratifizierungsverfahrens der Verträge von Moskau und Warschau in der BRD. Große internationale Wirkung hat der Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Frankreich. Wir betrachten die Ergebnisse der Verhandlungen, die Genosse

Leonid Iljitsch Breschnew mit Präsident Pompidou führte, als neue bedeutende Fortschritte auf dem Wege zur europäischen Sicherheit. Die vereinbarten "Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich" sind unseres Erachtens ein Musterbeispiel für die Gestaltung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und damit eine wichtige politische Grundlage für die europäische Sicherheitskonferenz. Daher begrüßen wir es sehr, daß diese Prinzipien in dem Entwurf der uns vorliegenden Deklaration, dem wir voll und ganz zustimmen, ihren Niederschlag gefunden haben. Weitere günstige Bedingungen für unseren Kampf um internationale Sicherheit wurden durch die Ergebnisse der Reisen des Genossen N. V. Podgorny nach Vietnam und Ägypten und des Genossen A. N. Kossygin nach Kanada, Dänemark und Norwegen geschaffen.

In immer deutlicheren Umrissen wird in der internationalen Arena sichtbar, von welcher entscheidenden Bedeutung eine europäische Sicherheitskonferenz für das friedliche Leben der Völker ist, und tritt umso klarer die dringende Notwendigkeit hervor, eine gesamteuropäische Beratung für Sicherheit und Zusammenarbeit im Jahre 1972 einzuberufen und durchzuführen.

Genossen!

Unsere Delegation bringt die feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die von unserer Beratung zu beschließende "Deklaration über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" ein starker politischer Impuls für die Einberufung und das Stattfinden einer Sicherheitskonferenz im Jahre 1972 sein wird. Die entscheidende Bedeutung dieses Dokuments besteht darin, daß die Staaten des Warschauer Vertrages damit klar und eindeutig die notwendigen weiteren Schritte zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit sowie den wesentlichen Inhalt, den Charakter der gesamteuropäischen Beratung selbst präzise und überzeugend erläutern.

So wird gewährleistet, daß unsere sozialistische Staatengemeinschaft ihre historische Initiative zur Vorbereitung und Einberufung der gesamteuropäischen Beratung für Sicherheit und Zusammenarbeit in der jetzigen Phase der Entwicklung aktiv fortsetzt und damit ihre natürliche Rolle als Initiator der Bewegung für europäische Sicherheit verwirklicht.

Mit den im Punkt II. des Entwurfs des Dokuments formulierten "Grundprinzipien der europäischen Sicherheit und der Beziehungen zwischen den Staaten in Europa" verleiht unsere Beratung der Bewegung für europäische Sicherheit und damit der gesamteuropäischen Beratung selbst ^{ihren} ~~seinen~~ zutiefst

demokratischen Charakter. Diese Grundprinzipien entsprechen grundlegenden Beschlüssen der Vereinten Nationen sowie vor allem - wie bereits erwähnt - dem anlässlich des Besuches des Genossen Breshnew in Frankreich vereinbarten Grundsatzdokument über die Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung.

Mit Recht orientiert der Entwurf unserer Deklaration darauf, daß das Schwergewicht unserer Beratung auf der kollektiven Erörterung und Festlegung der politischen Voraussetzungen und Grundbedingungen für die europäische Sicherheit liegen muß. Dies geht klar aus den dargelegten Grundprinzipien über die Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen, ~~die~~ der territorialen Integrität der Staaten, des Gewaltverzichts, der friedlichen Koexistenz, der Zusammenarbeit, der Unterstützung der UNO usw. hervor. Von besonderer Bedeutung erscheint uns in diesem Zusammenhang die Bekräftigung der Herstellung von Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auf der Grundlage der souveränen Gleichheit.

Die in der Deklaration exakt begründeten "Grundprinzipien der europäischen Sicherheit und der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten" entsprechen den Beschlüssen der Konferenz von Karlovy Vary und dem Aktionsprogramm im

Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969.

So entwickeln wir eine konstruktive Grundlage für den Inhalt einer gesamteuropäischen Beratung, die an die positiven Bestrebungen in Westeuropa anknüpft und sie fördert. Wir begegnen damit wirksam den entspannungsfeindlichen Kräften, die eine gesamteuropäische Beratung überhaupt verhindern oder endlos hinauszögern wollen. Gleichzeitig wirken die in der Deklaration ausgearbeiteten Prinzipien den bekannten Versuchen der USA, Großbritanniens, der BRD und anderer Kräfte in der NATO entgegen, den Charakter der gesamteuropäischen Beratung durch die vorrangige Behandlung militärpolitischer Fragen, der Rüstungsbegrenzung sowie der sogenannten "Überwindung der Spaltung Europas" zu verfälschen. In unserem Bestreben, alle Voraussetzungen für das Zustandekommen der europäischen Konferenz zu schaffen, kann man auch die Tatsache nicht übersehen, daß sich durch die sogenannte Erweiterung der EWG eine neue politische Gruppierung in Westeuropa herausbildet, die den Tendenzen in einigen westeuropäischen Ländern entgegenwirken wird, sich von der Vormundschaft der USA zu befreien. Schon jetzt ist es offensichtlich, daß die Schaffung eines solchen ökonomischen Blocks ^{ihre} ~~seine~~ politische Auswirkung auf unsere Bestrebungen haben wird, Europa in einen Kontinent des Friedens zu verwandeln.

- 8 -

Der nächste wichtige Schritt bei unserem gemeinsamen Vorgehen ist zweifelsohne der möglichst baldige Beginn der multilateralen Vorbereitung der Sicherheitskonferenz in Helsinki. Durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten des Warschauer Vertrages muß es gelingen, in allen Phasen der Konferenzvorbereitung und -durchführung die gleichberechtigte Stellung aller europäischen Staaten, einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik, zu gewährleisten. Bekanntlich unternimmt die BRD mit Unterstützung ihrer Verbündeten - vor allem der USA und Großbritanniens - große Anstrengungen, um als Vermund der Deutschen Demokratischen Republik zu erscheinen und ihr einen besonderen Status zu diktieren. In Verwirklichung der gemeinsamen politischen Linie der sozialistischen Staaten wird die Deutsche Demokratische Republik weiterhin einen konstruktiven Beitrag zur Entspannung und zur Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit leisten.

Wir werden unsere politisch-diplomatischen Möglichkeiten ausnutzen und gegenüber den europäischen kapitalistischen Staaten sowie Kanada insbesondere die neuen Möglichkeiten darlegen, die sich aus dem vierseitigen Abkommen über Westberlin, aus dem Transitabkommen der DDR mit der BRD und aus den Vereinbarungen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Westberliner Senat für die Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz ergeben. Dabei werden